

Beiträge zum Sportrecht

---

Band 51

# Die rechtlichen Dimensionen des bundesweiten Stadionverbots

Von

Maren Henseler



Duncker & Humblot · Berlin

MAREN HENSELER

Die rechtlichen Dimensionen  
des bundesweiten Stadionverbots

# Beiträge zum Sportrecht

Herausgegeben von  
Kristian Kühl, Udo Steiner  
und Klaus Vieweg

Band 51

# Die rechtlichen Dimensionen des bundesweiten Stadionverbots

Von

Maren Henseler



Duncker & Humblot · Berlin

Die Hohe Rechtswissenschaftliche Fakultät  
der Universität zu Köln hat diese Arbeit  
im Sommersemester 2015 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt  
Druck: buchbücher.de gmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 1435-7925  
ISBN 978-3-428-14970-4 (Print)  
ISBN 978-3-428-54970-2 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-84970-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Im deutschen Profifußball werden jährlich ca. 1.100 bundesweite Stadionverbote verhängt, insgesamt sind pro Saison um die 2.700 Personen von dem Besuch eines Fußballspiels der obersten vier Profiligen ausgeschlossen. Das zivilrechtliche Stadionverbot ist weiterhin das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, Straftaten in und im Umfeld von deutschen Stadien möglichst zu verhindern. Indes ist das Instrument nicht nur in Hinblick auf seine Wirksamkeit umstritten: Zumal zwischen 2002 und 2008 war das bundesweite Stadionverbot wiederholt Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten vor den Instanzgerichten. Mit seinem Urteil vom 30. 10. 2009 erklärte der Bundesgerichtshof die bisherige Praxis für rechtmäßig und versuchte zugleich, der Diskussion durch Formulierung allgemeingültiger Leitlinien ein Ende zu setzen. Noch im selben Jahr wurde die Entscheidung dem Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde zur Überprüfung vorgelegt.

Die vorliegende Arbeit untersucht das bundesweite Stadionverbot auf seine Vereinbarkeit mit geltendem Recht und unternimmt es zugleich, die Verfassungsbeschwerde, deren Entscheidung auch zum Zeitpunkt der Drucklegung noch ausstand, hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten zu überprüfen. Die Untersuchung entstand während meiner Tätigkeit am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht und wurde im Sommersemester 2015 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Die Disputation fand am 14. 12. 2015 statt, später veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur konnten nicht berücksichtigt werden.

Zuvörderst danken möchte ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Michael Sachs, der ohne Zögern die Betreuung meiner Arbeit übernommen und mein Promotionsvorhaben stets mit viel Interesse und Engagement begleitet hat. Er hat nicht nur meine juristische Denk- und Arbeitsweise nachhaltig geprägt, sondern darüber hinaus zu meiner persönlichen Weiterentwicklung beigetragen. Ferner danke ich Herrn Prof. Dr. Wolfram Höfling, M. A., für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens, das zudem einige wertvolle Anregungen für die Drucklegung enthielt.

Für ihre stete Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft selbst bei zum Teil sehr speziellen Fragen, die gelegentliche Zerstreuung und die immerwährende Ermutigung danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen vom Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, vom Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Wissenschaftsrecht und Medienrecht und vom Institut für Deutsches und Europäisches Wissenschaftsrecht.

Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen meines Projekts leisteten auch Dr. Reinhold und Sigrid Henseler, Erika Doench, Dr. Thomas Blome und Karolin Keiser, die die Mühe auf sich genommen haben, große Teile meiner Arbeit zu lesen und mit so manch wertvoller Anmerkung zu versehen. Ebenso herzlicher Dank gilt Dr. Mirjam Müller für die formale Bearbeitung der Dissertation.

Bei dem Verlag Duncker & Humblot bedanke ich mich für die gute Kommunikation und für die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe „Beiträge zum Sportrecht“.

Der größte Dank gebührt indes meiner Familie und meinen engen Freunden, allen voran meinen Eltern, Dr. Reinhold und Sigrid Henseler, denen ich diese Arbeit widme, sowie Sarah Störk, Meike Zimmermann und Arne Henseler. Ohne Eure Liebe, Freundschaft und Unterstützung, vor allem in Zeiten des Zweifels und des Haderns, wäre die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Euch allen bin ich in tiefer Dankbarkeit verbunden.

Prag, im März 2016

*Maren Henseler*

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung und Gang der Arbeit</b> .....	25
I. Einführung in die Thematik .....	25
II. Darstellung und Gang der Arbeit .....	30
<b>B. Die zivilrechtliche Dimension des Stadionverbots</b> .....	33
I. Geschichte und Hintergründe des Stadionverbotes .....	33
1. Die DFB-Richtlinien zur Verbesserung der Sicherheit bei Bundesspielen (RLVSB) .....	34
2. Die DFB-Richtlinien zur einheitlichen Behandlung von Stadionverboten (SVRL) .....	36
a) Adressaten und Rechtsnatur der Richtlinien .....	36
b) Regelungsgegenstand .....	38
3. Zusammenfassung .....	39
II. Das Regelungssystem der DFB-Stadionverbotsrichtlinien .....	39
1. Das Stadionverbot der SVRL .....	39
a) Rechtsnatur und Zweck des Stadionverbotes .....	40
b) Arten des Stadionverbotes (§ 1 Abs. 4 SVRL) .....	42
c) Dauer des Stadionverbotes (§ 5 SVRL) .....	43
d) Verwaltung und praktische Durchsetzung des Stadionverbotes .....	44
e) Das Stadionverbot in Zahlen .....	48
2. Voraussetzungen für die Verhängung eines Stadionverbotes .....	51
a) Örtliches Stadionverbot .....	52
b) Bundesweites Stadionverbot .....	53
aa) Besonders schwerer Fall (§ 4 Abs. 4 SVRL) .....	54
bb) Schwerer Fall (§ 4 Abs. 3 SVRL) .....	54
cc) Kritik .....	56
c) Verfahren .....	59
aa) Regelfall: Verstoß im Bereich des Stadions .....	59
bb) Sonderfall: Drittortauseinandersetzungen .....	61
d) Zusammenfassung .....	67
3. Grundsätze des § 7 SVRL: Modifikationsmöglichkeiten .....	67
4. Zusammenfassung .....	70

III. Das Stadionverbot als Ausübung des Hausrechts .....	71
1. Rechtsgrundlage zur Durchsetzung des Stadionverbotes .....	71
2. Kontrahierungszwang als Einschränkung der Privatautonomie .....	73
a) Voraussetzungen des Kontrahierungszwangs .....	74
b) Anwendbarkeit auf die Veranstaltung von Fußballspielen .....	75
c) Ergebnis zu 2. ....	79
3. Ad-hoc-Stadionverbot .....	80
4. Auf zukünftige Veranstaltungen gerichtetes Stadionverbot .....	81
a) § 1004 Abs. 1 Satz 2 direkt bzw. analog i. V. m. § 823 Abs. 1 BGB .....	82
aa) Berechtigter .....	83
(1) Rechtsgeschäftliche Stellvertretung, §§ 164 ff. BGB .....	86
(a) Exkurs: Zurückweisungsmöglichkeit eines einseitigen Rechts- geschäfts gem. § 174 Satz 1 BGB .....	87
(aa) Teleologische Reduktion des § 174 Satz 1 BGB .....	89
(bb) Analoge Anwendung des § 174 Satz 2 BGB .....	90
(cc) Dolo-agit-Einrede: unzulässige Rechtsausübung .....	91
(dd) Nichtanwendbarkeit des § 174 BGB .....	92
(ee) Zwischenergebnis: Keine Unwirksamkeit wegen § 174 Satz 1 BGB .....	93
(b) Ergebnis zu (1) .....	95
(2) Gesamtheit der Vereine als GbR im Sinne der §§ 705 ff. BGB ....	95
(a) Tatbestandsmerkmale der Stadionverbots-GbR .....	95
(b) Anwendbarkeit des § 174 BGB auf die BGB-Gesellschaft ....	98
(3) Stellungnahme .....	99
(a) Praktische Erwägungen: Die Frage nach der Passivlegitimation	99
(b) Dogmatische Gründe .....	101
(4) Zusammenfassung .....	102
bb) Beeinträchtigung .....	103
cc) Besorgnis zukünftiger Beeinträchtigungen .....	105
(1) Gefahrenprognose hinsichtlich der Rechtsgüter des das Stadionver- bot festsetzenden Vereins .....	107
(a) Ansatz des BGH: Fokus auf das Merkmal der „Gruppenzuge- hörigkeit“ .....	109
(b) Kritik .....	110
(aa) Kleszczewski .....	110
(bb) Orth/Schiffbauer .....	113
(c) L. Schmitt: Kritik an der Kritik und Vorschlag einer neuen De- finition .....	116
(d) Eigene Ansicht .....	116
(e) Zwischenergebnis .....	123
(2) Gefahrenprognose hinsichtlich der Rechtsgüter der übrigen Vereine	123

(3) Zeitliche Komponente der Gefahrenprognose .....	124
(4) Zusammenfassung .....	126
dd) Störereigenschaft des Anspruchsgegners .....	127
(1) § 830 BGB: Inhalt und Zweck .....	129
(2) Anwendung des Rechtsgedankens aus § 830 BGB auf Stadionver-	
bote .....	133
(3) Kritik und eigene Ansicht .....	136
(4) Zusammenfassung .....	138
ee) Keine Duldungspflicht (§ 1004 Abs. 2 BGB) .....	138
(1) Durch nach Verhängung erworbene Eintrittskarte .....	140
(2) Durch vor Verhängung erworbene Eintrittskarte .....	143
(a) Tageskarte .....	144
(b) Dauerkarte .....	146
(3) Zwischenergebnis .....	149
ff) Zusammenfassung zu a) .....	150
b) § 862 Abs. 1 Satz 2 BGB .....	152
c) Wahl der günstigsten Anspruchsgrundlage .....	154
5. Ergebnis zu III. ....	155
IV. Zusammenfassung zu B. ....	156
<b>C. Die prozessuale Dimension des Stadionverbots .....</b>	<b>159</b>
I. Folgen des Einschreitens gegen den Betroffenen .....	159
II. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Folgen des Einschreitens .....	165
1. Rechtsschutz gegen das Stadionverbot .....	165
a) Im Wege eines Antrags an den festsetzenden Verein .....	166
b) Im Wege der Klage .....	167
aa) Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	167
bb) Erfolgsaussichten .....	172
c) Ergebnis zu 1. ....	173
2. Rechtsschutz gegen den Vermerk in der Zentraldatei des DFB .....	174
a) Rechte des Betroffenen nach Erledigung des Stadionverbotes .....	174
b) Rechte des Betroffenen bei noch bestehendem Stadionverbot .....	175
aa) Verstoßbegründete Stadionverbote .....	176
bb) Verdachtsbegründete Stadionverbote .....	177
c) Sonstige Voraussetzungen .....	178
d) Ergebnis zu 2. ....	180
3. Rechtsschutz gegen den Eintrag in der Datei „Gewalttäter Sport“ .....	181
a) Voraussetzungen des Lösungsanspruchs .....	182

b) Die begriffliche Inkompatibilität von § 8 Abs. 3 BKAG und Nr. 88 Satz 2 RiStBV .....	184
c) Ergebnis zu 3. ....	187
4. Ergebnis zu II. ....	187
III. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Einstellung nach § 153 Abs. 1 Satz 2 StPO	189
1. Die Möglichkeiten der Verfahrensbeendigung durch Einstellung oder Freispruch .....	190
2. Auswirkungen der entsprechenden Verfahrensbeendigung auf das Stadionverbot .....	196
3. Praxisrelevanz des Rechtsschutzes gegen eine vorzeitige Verfahrensbeendigung	198
4. Notwendigkeit der Rechtsschutzgewährung (Art. 19 Abs. 4 GG) .....	200
a) Staatsanwaltschaftliche Einstellungsverfügung als Akt öffentlicher Gewalt	200
b) Durch die Einstellungsverfügung gem. § 153 Abs. 1 Satz 2 StPO möglicherweise verletzte eigene Rechte .....	203
aa) Recht auf den richtigen Abschluss des Verfahrens .....	204
bb) Unschuldsvermutung .....	209
cc) Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG .....	209
(1) Schutz der persönlichen Ehre .....	210
(2) Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	216
(a) Beeinträchtigung durch die Speicherung im ZStV .....	216
(b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	220
(aa) Normenklarheit und Normenbestimmtheit .....	221
(bb) Verhältnismäßigkeit .....	223
(cc) Richtige Speicherung einer rechtswidrigen Verfahrensbeendigung .....	225
(c) Ergebnis zu (2) .....	226
(3) Zusammenfassung .....	227
dd) Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG .....	227
(1) Beeinträchtigung .....	227
(2) Zurechenbarkeit .....	230
(3) Keine Rechtfertigung .....	231
(4) Ergebnis zu dd) .....	232
ee) Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG .....	232
ff) Zusammenfassung .....	234
c) Ergebnis zu 4. ....	235
5. Anwendbares Verfahrensregime .....	235
a) Rechtsbehelfe der StPO .....	235
b) §§ 23 ff. EGGVG .....	239
aa) Justizbehörde und Strafrechtspflege .....	239

- bb) Die Maßnahme im Sinne des § 23 Abs. 1 Satz 1 EGGVG ..... 240
  - (1) „Gegensatzpaar“ Justizverwaltungsakt vs. Prozesshandlung ..... 243
  - (2) Einordnung der staatsanwaltschaftlichen Einstellungsverfügung ... 245
  - (3) Kritik an der Lehre von den Prozesshandlungen ..... 249
  - (4) Zwischenergebnis ..... 251
- cc) Statthafte Antragsart ..... 252
- dd) Subsidiarität des Justizverwaltungsrechtswegs, § 23 Abs. 3 EGGVG .. 253
  - (1) Meinungsstand ..... 255
  - (2) Kritik und eigene Ansicht ..... 256
  - (3) Zwischenergebnis ..... 258
- ee) Ergebnis zu b) ..... 259
- c) Zusammenfassung ..... 260
- 6. Ergebnis zu III. .... 261
- IV. Zusammenfassung zu C. .... 263
- D. Die grundrechtliche Dimension des Stadionverbots ..... 266**
  - I. Berührte Grundrechtspositionen des Fußballfans ..... 266
    - 1. Allgemeine Verhaltensfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) ..... 267
    - 2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) ... 268
      - a) Gewährleistungsumfang ..... 268
      - b) Der Besuch von Fußballspielen als Ausübung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in seiner besonderen Ausprägung des Rechts auf Selbstverwirklichung durch Fan-Sein ..... 270
      - c) Ergebnis zu 2. .... 273
    - 3. Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG) ..... 273
      - a) Besuch eines Fußballspiels als Ausübung der Versammlungsfreiheit ..... 274
        - aa) Versammlung ..... 274
          - (1) Enger Versammlungsbegriff ..... 276
          - (2) Erweiterter Versammlungsbegriff ..... 278
          - (3) Weiter Versammlungsbegriff ..... 279
          - (4) Stellungnahme ..... 280
            - (a) Argumente gegen das Erfordernis der Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung ..... 280
            - (b) Argumente gegen das Erfordernis der Meinungsbezogenheit ... 287
          - (5) Ergebnis zu aa) ..... 288
        - bb) Konsequenz für die Veranstaltung Fußballspiel ..... 288
          - (1) Gesamtveranstaltung ..... 289
          - (2) Organisierte Fangruppen als „Versammlung in der Versammlung“? 291
          - (3) Ergebnis zu bb) ..... 296

cc) Friedlich und ohne Waffen . . . . .	297
(1) Friedlichkeitsvorbehalt . . . . .	297
(2) Waffenlosigkeit . . . . .	299
(3) Charakter der Fußballveranstaltung . . . . .	301
dd) Grundrechtsberechtigung . . . . .	304
ee) Zwischenergebnis zu a) . . . . .	305
b) Die Beteiligten und ihre Rechte . . . . .	306
aa) Anwendbarkeit des Versammlungsgesetzes . . . . .	306
bb) Einschlägige Vorschriften . . . . .	308
cc) Subsumtion . . . . .	312
c) Ergebnis zu 3. . . . .	315
4. Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 2. Hs. GG) . . . . .	315
a) Schutzgegenstand . . . . .	317
aa) Fußballspiel als allgemein zugängliche Quelle . . . . .	319
bb) Wirksame Verengung des Schutzgegenstandes . . . . .	320
b) Ergebnis zu 4. . . . .	323
5. Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) . . . . .	324
6. Ergebnis zu I. . . . .	324
II. Wirkung auf den Ausgang privatrechtlicher Streitigkeiten . . . . .	326
1. Wirkung der Grundrechte zwischen Privaten und deren Konsequenzen für das bundesweite Stadionverbot . . . . .	326
2. Entscheidung des <i>BGH</i> . . . . .	330
a) Sachverhalt und Vorinstanzen . . . . .	330
b) Inhalt der <i>BGH</i> -Entscheidung . . . . .	331
3. Kritik und Neubewertung . . . . .	332
a) Fehlende Berücksichtigung von Grundrechten . . . . .	332
b) Unzureichende Berücksichtigung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . . . .	336
c) Weitere Konsequenz: Kein Rückgriff auf Rechtsgedanken des § 830 BGB . . . . .	339
d) Zusammenfassung zu 3. . . . .	341
4. Ergebnis zu II. . . . .	342
III. Grundrechtsverletzungen durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft . . . . .	344
1. Das zivilrechtliche Stadionverbot als abwehrfähige Drittbeeinträchtigung . . . . .	345
a) Staatliche Verantwortung für mittelbare Grundrechtsverkürzungen . . . . .	345
b) Mit Stadionverbot verbundene Beeinträchtigungen als mittelbare Grundrechtsverkürzungen durch die Staatsanwaltschaft . . . . .	348
c) Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs wegen rechtswidrigen Handelns des Dritten? . . . . .	350
d) Ergebnis zu 1. . . . .	351

2. Rechtfertigung der Drittbeeinträchtigung .....	351
a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	352
aa) Grundrechtsbegrenzungen .....	352
bb) Anforderungen an das einschränkende Gesetz .....	353
(1) Formelle Anforderungen .....	353
(2) Materielle Anforderungen, insbesondere Verhältnismäßigkeit .....	357
(a) Legitimer Zweck .....	357
(b) Eignung .....	358
(c) Erforderlichkeit .....	359
(d) Proportionalität .....	359
(e) Zwischenergebnis .....	362
(3) Ergebnis zu bb) .....	362
cc) Anwendung der Normen im Einzelfall .....	362
(1) Anwendung des § 152 Abs. 2 StPO .....	363
(2) Anwendung des § 153 Abs. 1 Satz 2 StPO .....	364
(3) Ergebnis zu cc) .....	366
dd) Ergebnis zu a) .....	366
b) Versammlungsfreiheit .....	367
c) Informationsfreiheit .....	369
d) Ergebnis zu 2. ....	371
3. Allgemeiner Gleichheitssatz .....	373
a) Ungleichbehandlung durch Anwendung des § 152 Abs. 2 StPO .....	373
b) Ungleichbehandlung durch Anwendung des § 153 Abs. 1 Satz 2 StPO .....	374
c) Ergebnis zu 3. ....	375
4. Ergebnis zu III. ....	376
IV. Zusammenfassung zu D. ....	378
<b>E. Schluss</b> .....	383
I. Fazit und Ausblick .....	383
II. Thesenartige Zusammenfassung .....	386
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	395
<b>Sachverzeichnis</b> .....	420

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht; Arbeitsgemeinschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung i. d. F. vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I 3866, 61), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I 2417)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
ASOG Bln	Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin i. d. F. vom 11. Oktober 2006 (GVBl. 2006, 930)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAFF	Bündnis aktiver Fußballfans
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz vom 23. Juli 1993 (GVBl. 1993, 498)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei i. d. F. vom 14. September 1990 (GVBl. 1990, 397)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BbgDSG	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Land Brandenburg vom 15. Mai 2008 (GVBl. I 2008, 114)
BbgPolG	Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Organisation und Zuständigkeit der Polizei im Land Brandenburg vom 19. März 1996 (GVBl. I 1996, 74)
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz i. d. F. vom 14. Januar 2003 (BGBl. I 66), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. August 2009 (BGBl. I 2814)
begr.	begründet
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss

BewachV	Verordnung über das Bewachungsgewerbe, Bewachungsverordnung i. d. F. vom 10. Juli 2003 (BGBl. I 1378), zuletzt geändert durch Art. 2a Abs. 3 des Gesetzes vom 4. März 2013 (BGBl. I 362)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 2. Januar 2002 (BGBl. I 42, 2909; 2003 I 738), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2014 (BGBl. I S. 1218)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BA	Bundeskriminalamt
BKADV	Verordnung über die Art der Daten, die nach den §§ 8 und 9 des Bundeskriminalamtgesetzes gespeichert werden dürfen vom 04. Juni 2010 (BGBl. I 716), geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 4. Juni 2010 (BGBl. I 716)
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten vom 7. Juli 1997 (BGBl. I 1650), zuletzt geändert durch Art. 3 i. V. m. Art. 9 des Gesetzes vom 20. Juni 2013 (BGBl. I 1602)
BlnDSG	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung i. d. F. vom 17. Dezember 1990 (GVBl. 1991, 16, 54)
BNotO	Bundesnotarordnung in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 303–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I 2586)
BPolG	Bundespolizeigesetz vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I 2978, 2979), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 20. Juni 2013 (BGBl. I 1602)
BR	Bundesrat
BReg	Bundesregierung
BremDSG	Bremisches Datenschutzgesetz i. d. F. vom 4. März 2003 (Brem-GBl. 2003, 85)
BremGebBeitrG	Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz vom 16. Juli 1979 (Brem-GBl. 1979, 279)
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz i. d. F. 6. Dezember 2001 (BremGBl. 2001, 441)
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BT-Dr	Bundestagsdrucksache
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) i. d. F. vom 1. März 1994 (BGBl. I 358), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I 1999)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts

BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister, Bundeszentralregistergesetz, i. d. F. vom 21. September 1984 (BGBl. I 1229, 1985 I 195), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I 10)
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CaS	causa sport
CR	Computer und Recht
DFB	Deutscher Fußball-Bund e. V.
DFL	Liga-Fußballverband e. V. (Deutsche Fußball Liga GmbH)
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DPolBl.	Deutsches Polizeiblatt
DSG BW	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Baden-Württemberg) i. d. F. vom 18. September 2000 (GBl. 2000, 648)
DSG M-V	Gesetz zum Schutz des Bürgers bei der Verarbeitung seiner Daten (Datenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern) vom 28. März 2002 (GVOBl. M-V 2002, 154)
DSG NRW	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen) i. d. F. vom 9. Juni 2000 (GV 542)
DSG SH	Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen vom 9. Februar 2000 (GVOBl. 2000, 169)
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
Ed.	Edition
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I 2586)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II 686)
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I 1970, 3621), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I 1066)
ErbbauRG	Erbbaurechtsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403–6, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 7 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I 3719)
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
e. V.	eingetragener Verein
EzA	Entscheidungssammlung zur Rechtsprechung in Arbeitssachen
FG	Festgabe
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FSV	Fußball- und Sportverein
GA	Goldammers Archiv
GastG	Gaststättengesetz i. d. F. vom 20. November 1998 (BGBl. I 3418), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I 2246)

GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28. November 2014 (BGBl. I S. 1802)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438)
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedenkschrift
GV(BI)	Gesetz- und Verordnungsblatt (des jeweiligen Landes)
HaSiG NRW	Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen i. d. F. vom 30. Oktober 2007 (GV NRW 2007, 470), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 09. Februar 2010 (GV NRW 135), Gliederungsnummer 95
HChE	Herrenchiemseer Entwurf
HDSG	Hessisches Datenschutzgesetz i. d. F. vom 7. Januar 1999 (GVBl. I 1999, 98)
HGR	Handbuch der Grundrechte
h. M.	herrschende Meinung
HmbDVPoIG	Hamburgisches Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei i. d. F. 2. Mai 1991 (HmbGVBl. 1991 187)
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung i. d. F. vom 14. Januar 2005 (GVBl. I 2005, 14)
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
IMK	Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Innenministerkonferenz)
i. R. d.	im Rahmen der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974, BGBl. I, S. 3427, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 (BGBl. I, S. 1805)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPR-BGHZivilR	juris PraxisReport BGH Zivilrecht
JuS	Juristische Schulung
JVBl.	Justizverwaltungsblatt
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht Berlin; Kommanditgesellschaft

KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
krit.	kritisch
KStA	Kölner Stadt-Anzeiger
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
LAG	Landesarbeitsgericht
LDSG	Landesdatenschutzgesetz
LG	Landgericht
LIS	Landesinformationsstelle Sporeteinsätze
LM	Lindenmaier-Möhring
LO	Lizenzordnung DFB
LT-Dr	Landtagsdrucksache
LTO	Legal Tribune Online
LVwG SH	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein i. d. F. vom 2. Juni 1992 (GVOBl. 1992, 243, 534)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MRVO	Britische Militärregierungsverordnung
MSchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MSV	Meidericher Spielverein
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung von
NDSG	Niedersächsisches Datenschutzgesetz i. d. F. vom 29. Januar 2002 (NdsGVBl. 2002, 22)
NdsMBL	Niedersächsische Ministerialblätter
NdsSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung i. d. F. vom 19. Januar 2005 (NdsGVBl. 2005, 9)
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
n. F.	neue Folge
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Woche
NJW-RR	Neue Juristische Woche Rechtsprechungs-Report
NKSS	Nationales Konzept Sport und Sicherheit
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
o. ä.	oder ähnlich
o. g.	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht

OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten i. d. F. vom 19. Februar 1987 (BGBl. I 602), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I 3786)
PassG	Paßgesetz vom 19. April 1986 (BGBl. I 537), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I 2749)
PBefG	Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 (BGBl. I 241), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 147 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I 3154)
POG RP	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz des Landes Rheinland-Pfalz i. d. F. 10. November 1993 (GVBl. 1993, 595)
PolG BW	Polizeigesetz des Landes Baden-Württemberg i. d. F. vom 13. Januar 1992 (GBl. 1992, 1, ber. S. 596, ber. 1993 S. 155)
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen i. d. F. vom 25. Juli 2003 (GV 441)
Prot.	Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs
RdA	Recht der Arbeit
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren vom 1. Januar 1977, geändert m. W. v. 01.09.2014 durch Bekanntmachung vom 23.07.2014 (BAnz AT 18.08.2014 B1).
RLVSB	Richtlinien zur Verbesserung der Sicherheit bei Bundesspielen
Rn.	Randnummer
RPfLEG	Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 (BGBl. I 50), aufgehoben durch Art. 5 Satz 2 GVGuaÄndG m. W. v. 1. Januar 2012
RW	Rechtswissenschaft
s.	siehe
S.	Seite
SächsDSG	Gesetz zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen vom 25. August 2003 (SächsGVBl. 2003, 330)
SächsPolG	Polizeigesetz des Freistaates Sachsen i. d. F. vom 13. August 1999 (SächsGVBl. 1999, 466)
SC	Sport-Club
SDSG	Saarländisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten vom 24. März 1993 i. d. F. vom 28. Januar 2008 (Amtsbl. 2008 293), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Mai 2011 (Amtsbl. I 184)
SGB XI	Sozialgesetzbuch XI – Soziale Pflegeversicherung – (Art. 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I 1014, 1015), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I 2462)
SKB	Szenekundige Beamte
SOG LSA	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt i. d. F. vom 20. Mai 2014 (GVBl. LSA 2014, 182, 183, ber. S. 380)
SpOL	Spielordnung

SprengG	Sprengstoffgesetz i. d. F. vom 10. September 2002 (BGBl. I 3518), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 67 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I 3154)
SpuRt	Sport und Recht
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch i. d. F. vom 13. November 1998 (BGBl. I 3322), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I 10)
StPO	Strafprozeßordnung i. d. F. vom 7. April 1987 (BGBl. I 1074, 1319), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 (BGBl. I 10)
str.	strittig
StRR	StrafRechtsReport
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger
StVollzG	Strafvollzugsgesetz vom 16. März 1976 (BGBl. I 581, 2088), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 25. April 2013 (BGBl. I 935)
s. u.	siehe unten; siehe unter
SVRL	Richtlinien zur einheitlichen Behandlung von Stadionverboten i. d. F. von Januar 2014
ThürPAG	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei vom 4. Juni 1992 (GVBl. 1992, 199)
u. a.	und andere; unter anderem
UEFA	Union des Associations Européennes de Football
unstr.	unstrittig
Urt.	Urteil
v.	von, vom
VA	Verwaltungsakt
VersG	Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz) i. d. F. vom 15. November 1978 (BGBl. I 1789), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2008 (BGBl. I 2366)
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung (bis 1981)
VfL	Verein für Leibesübungen
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
Vor(b)	Vorbemerkung(en)
VPr	Vorprüfungsausschuss
VR	Verwaltungsrundschau
vs.	versus
VSG NRW	Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen vom 20. Dezember 1994 (GV NRW, 28), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2013 (GV NRW, 367), Gliederungsnummer 12.
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVPoIG NRW	Verwaltungsvorschrift zum Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, Runderlass des Innenministeriums vom 19. Dezember 2003–44.1–2001 mit Stand vom 4. April 2014

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i. d. F. vom 23. Januar 2003 (BGBl. I 102), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I 2749)
WaffG	Waffengesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I 3970, 4592; 2003 I 1957), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 65 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I 3154)
WEG	Wohnungseigentumsgesetz in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 403–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I 1962)
WM	Weltmeisterschaft; Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Reichsverfassung) in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 401–2, veröffentlichten bereinigten Fassung (RGBl. 1919, 1383)
z. B.	zum Beispiel
ZIS	Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung i. d. F. vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I 3202; 2006 I 431; 2007 I 1781), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I 890)
ZStV	Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister
ZStVBetrV	Verordnung über den Betrieb des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters vom 23. September 2005 (BGBl. I 2885), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I 2062)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zw.	zweifelnd, zweifelhaft



## A. Einleitung und Gang der Arbeit

### I. Einführung in die Thematik

Die Bilder sind noch allgegenwärtig: Um die 25 in weiße Overalls gekleidete, verummte Personen stürmen den Platz, werfen Bengalos und Böller und liefern sich Handgemenge mit Polizei und Stadionordnern. Das „Rheinische Derby“, wie das Spiel zwischen den Rivalen *1. FC Köln* und *Borussia Mönchengladbach* traditionell genannt wird, vom Karnevalssamstag 2015 war nur ein weiterer Akt in der traurigen Geschichte der Gewalt im Fußball.<sup>1</sup> Es war zugleich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Nachdem es auch vor und während des DFB-Pokalspiels gegen den *MSV Duisburg* am 28. Oktober 2014 zu massiven Randalen von FC-Anhängern und zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war, hat das DFB-Sportgericht den *1. FC Köln* nun mit empfindlichen Strafen belegt: Im Einzelrichterverfahren<sup>2</sup> wurden die Kölner am 12. März 2015 zu einer Geldstrafe in Höhe von 200.000 €, Zuschauer-Teilausschlüssen bei drei Heimspielen<sup>3</sup> sowie einer

---

<sup>1</sup> Eine erste juristische Bewertung der Ereignisse und der dem *1. FC Köln* zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Störer findet sich bei *Arnhold*, Platzsturm, LTO.

<sup>2</sup> Die Gründe für seine Entscheidung nennt DFB-Richter Hans E. Lorenz im Interview mit *dfb.de*, online abrufbar unter <http://www.dfb.de/news/detail/sportrichter-lorenz-koeln-urteil-ho-noriert-massnahmen-des-vereins-118215/> (zuletzt abgerufen am 19.03.2015). Das aus seiner Sicht milde Urteil und das Absehen von einem Geisterspiel begründet er mit den umfangreichen und vorbildlichen Maßnahmen seitens des *1. FC Köln*. Dagegen kritisiert *Wolfgang Bosbach*, Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag, das Urteil als „außergewöhnlich hart und nicht verhältnismäßig“, vgl. *Krämer/Peter/Damm*, Außergewöhnlich hart, KStA Online; sehr kritisch auch Fanforscher *Johannes Gabler* in einem mit dem Kölner Stadt-Anzeiger geführten Interview, der durch das Urteil eine weitere Radikalisierung der Ultra-Szene befürchtet und dem DFB „Aktivismus und Symbolpolitik“ vorwirft, s. *Parth*, Kölner Ultras, KStA Online. Die Befürchtung, die Gewalt werde sich stattdessen nun auf die öffentliche Straße verlagern, wurde bereits drei Wochen nach dem Spiel in Mönchengladbach erstmals bestätigt, als sich Fans vom *1. FC Köln* und *Eintracht Frankfurt* zwecks Prügelei in der Innenstadt trafen und sowohl Bahn- als auch Autoverkehr lahmlegten.

<sup>3</sup> Der Ausschluss betrifft die letzten drei Heimspiele der Saison 2014/2015 gegen *1899 Hoffenheim*, *Bayer 04 Leverkusen* und *Schalke 04*. Die Inhaber der Dauerkarten im Bereich der Blöcke S3 und S4 erhalten 3/17 des bezahlten Gesamtpreises zurück, das Geld für bereits erworbene Tagestickets wird zurückerstattet, die restlichen Karten kommen gar nicht erst in den Verkauf, vgl. *J. Schmidt*, Strafe, Kölnische Rundschau Online; s. auch die Meldung auf der Website des *1. FC Köln* unter [http://www.fc-koeln.de/news/detailansicht/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=8804&cHash=664c18306a385f7bb0283d00ee7794fe](http://www.fc-koeln.de/news/detailansicht/?tx_ttnews[tt_news]=8804&cHash=664c18306a385f7bb0283d00ee7794fe) (zuletzt abgerufen am 26.03.2015).

Vielzahl weiterer Auflagen verurteilt,<sup>4</sup> darunter das Erfordernis personalisierter Auswärtskarten.<sup>5</sup> Darüber hinaus haben die Verantwortlichen des *1. FC Köln* der der Ultra-Szene zugehörigen Gruppierung „Boyz“ den Status als offizieller Fanclub aberkannt sowie gegen 45 Mitglieder bzw. nahestehende Sympathisanten der Gruppe Stadionverbote verhängt.<sup>6</sup> Die Reaktionen auf diese Maßnahmen des Vereins fielen unterschiedlich aus: Einige begrüßten insbesondere den Ausschluss der Ultragruppierung „Boyz“, die stets reklamiert hatte, unentbehrlicher Garant für die gute Stimmung im Stadion zu sein.<sup>7</sup> Andere warfen FC-Präsident *Werner Spinner*, der noch auf der Jahreshauptversammlung am 11. Dezember 2012 beteuert hatte, gegen Kollektivstrafen zu sein, Wortbruch vor und solidarisierten sich in der Folge mit den „Boyz“.<sup>8</sup>

Die anhaltenden Diskussionen um den Fall Köln machen deutlich, welche Brisanz dieses Thema besitzt und welcher Stellenwert dem Fußball in der deutschen Gesellschaft zukommt.<sup>9</sup> Seine besondere Rolle zeigt sich bereits in der Zusammen-

---

<sup>4</sup> Weitere Auflagen betreffen die Verbesserung der technischen Möglichkeiten zur Überwachung der Zuschaueränge, die Einstellung eines neuen hauptamtlichen Fanbeauftragten und die konsequente Verhängung und Durchsetzung von Stadionverboten und Vereinsausschlüssen, um einige Beispiele zu nennen. Der vollständige, sieben Punkte umfassende Maßnahmenkatalog findet sich unter <http://www.dfb.de/news/detail/drei-teilausschluesse-geldstrafe-und-hohe-auflagen-fuer-1-fc-koeln-118211/> (zuletzt abgerufen am 19.03.2015).

<sup>5</sup> Vgl. dazu etwa den Bericht „Drei Teilausschlüsse, Geldstrafe und hohe Auflagen für 1. FC Köln“ vom 12.03.2015 auf der Website des DFB, online abrufbar unter <http://www.dfb.de/news/detail/drei-teilausschluesse-geldstrafe-und-hohe-auflagen-fuer-1-fc-koeln-118211/> (zuletzt abgerufen am 19.03.2015); „Strafe für den FC: DFB-Urteil nach Derby-Vorfällen“ vom 12.03.2015 auf der Website des *1. FC Köln*, online abrufbar unter [http://www.fc-koeln.de/news/detailansicht/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=8804&cHash=664c18306a385f7bb0283d00ee7794fe](http://www.fc-koeln.de/news/detailansicht/?tx_ttnews[tt_news]=8804&cHash=664c18306a385f7bb0283d00ee7794fe) (zuletzt abgerufen am 26.03.2015); *J. Schmidt*, Strafe, Kölnische Rundschau Online.

<sup>6</sup> s. *Buchheister*, Boyz, Spiegel Online. Sechs dieser Stadionverbote sollen inzwischen wieder aufgehoben worden sein, vgl. *Krämer/Oeynhausens*, Opfer, KStA, S. 16.

<sup>7</sup> Bereits beim Heimspiel gegen *Hannover 96* am 21.02.2015 reckten viele FC-Fans Plakate in die Höhe, auf denen sie sich ausdrücklich von Gewalt und Pyrotechnik distanzieren, s. z. B. „FC-Fans: Arsch huh gegen Randalie und Gewalt“, Express Online, Artikel vom 22.02.2015, online abrufbar unter <http://www.express.de/fc-koeln/viele-plakate-im-stadion-fc-fans-arsch-huh-gegen-randalie-und-gewalt,3192,29923468.html> (zuletzt abgerufen am 19.03.2015).

<sup>8</sup> So hielten bspw. befreundete BVB-Fans während des Heimspiels gegen Schalke in Anlehnung an die Solidaritätsbekundungen nach dem Anschlag auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* ein Banner mit der Aufschrift „Je suis Boyz Köln“ hoch, vgl. „BVB ist entsetzt über ‚Je suis Boyz‘-Plakat“, RuhrNachrichten.de, Artikel vom 22.02.2015, online abrufbar unter <http://www.ruhrnachrichten.de/sport/topartikel/Fussball-Bundesliga-Boyz-kritisieren-1-fc-Koeln-Watzke-Geschmacklos;art523,2631645> (zuletzt abgerufen am 20.03.2015); „Watzke empört über ‚Je suis Boyz‘-Banner der BVB-Ultras“, Der Westen, Artikel vom 22.02.2015, online abrufbar unter [http://www.derwesten.de/sport/fussball/1\\_bundesliga/watzke-empuert-ueber-je-suis-boyz-banner-der-bvb-ultras-id10382288.html](http://www.derwesten.de/sport/fussball/1_bundesliga/watzke-empuert-ueber-je-suis-boyz-banner-der-bvb-ultras-id10382288.html) (zuletzt abgerufen am 20.03.2015).

<sup>9</sup> *Thomas Feltes* spricht sogar von einem „indirekten Grundrecht auf Fußball“, vgl. das Interview unter <http://www.handelsblatt.com/sport/fussball/fussball-bundesliga-polizeiwissen-schaftler-grundrecht-auf-fussball/3633248.html> (zuletzt abgerufen am 19.03.2015).

setzung des Stadionpublikums: Ultras und Gelegenheitsbesucher, Heimfans und Auswärtsfans, Akademiker und Handwerker, Vorstandsvorsitzende und Langzeitarbeitslose, Jung und Alt, Frauen und Männer;<sup>10</sup> kaum eine Zuschauermenge ist derart heterogen wie die eines Fußballspiels.<sup>11</sup> Und selbst innerhalb der Gruppe der Fans, also der Anhänger, die regelmäßig Spiele „ihrer“ Mannschaft besuchen, ist noch einmal zu differenzieren.<sup>12</sup> Fußball wirkt zum einen verbindend, weil die geteilte Leidenschaft zu diesem Sport es schafft, Barrieren, die im Alltag zweifelsohne zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen bestehen, abzubauen.<sup>13</sup> Der Fußball schafft es, „für einen kurzen Moment den Intellektuellen mit dem Arbeiter und den Armen mit den Reichen zu einen.“<sup>14</sup> Auf der anderen Seite birgt diese Heterogenität freilich ein gewisses Konfliktpotential.<sup>15</sup> Insbesondere zwischen Fans rivalisierender Vereine kommt es häufig zu auch körperlichen Auseinandersetzungen. Gerade weil Einzelne Fußball leben wie eine Religion, dulden sie die Entscheidung für einen anderen Verein allenfalls dann, wenn mit diesem eine Fanfreundschaft besteht.<sup>16</sup> Zumal im Schutze einer Gruppe wächst die Gewaltbereitschaft des Einzelnen merklich.<sup>17</sup>

---

<sup>10</sup> Der Anteil an weiblichen Zuschauern in deutschen Fußballstadien und vor dem Fernseher hat zumal nach der Heim-Weltmeisterschaft im Jahre 2006 merklich zugenommen, vgl. *Rühle*, Media Perspektiven 2015, 8; *Buchheister/Hacke/Meyhoff*, Bratwurst, Der Spiegel, S. 110.

<sup>11</sup> *König*, Fankultur, S. 44; *Arzt*, in: Zuschauerausschreitungen, S. 82 (91). Zu den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb des Publikums *Gädeke*, Sportgroßveranstaltungen, S. 103 ff.; v. *Danwitz*, Kriminalistik 2012, 543.

<sup>12</sup> Und zwar sowohl in soziologischer als auch polizeilicher Hinsicht. Die Polizei nimmt grundsätzlich eine Kategorisierung der Fans nach ihrer Gewaltgeneigtheit vor, um entsprechende angepasste Maßnahmen ergreifen zu können. Die Kategorien lauten: Kategorie A (friedliche Fans), Kategorie B (gewaltgeneigte Fans) und Kategorie C (gewaltsuchende Fans). s. dazu eingehender *Kehr*, Datei, S. 42 f.; *Niemeier*, Gefahrenabwehrrechtliche Möglichkeiten, S. 31 f.; *Steinat*, Gewalttäter Sport, S. 13 f.; v. *Danwitz*, Kriminalistik 2012, 543; *Noll*, StRR 2013, 250 (252). Für eine soziologische Einteilung s. z. B. *König*, Fankultur, S. 44 ff.; eine psychologische Kategorisierung findet sich bei v. *Klebensberg*, in: Zuschauerausschreitungen, S. 48 (53 f.).

<sup>13</sup> *König*, Fankultur, S. 49, vergleicht die bedingungslose Liebe des Fans zu „seiner“ Mannschaft mit einer Liebesbeziehung zwischen zwei Menschen.

<sup>14</sup> *König*, Fankultur, S. 115. s. auch *Zyber*, Abseits und Jenseits, Zeit Online: „Im Stadion sind alle gleich. Der Fußball ist durch seine integrative Kraft für viele zu einer Ersatzreligion geworden.“

<sup>15</sup> *Gädeke*, Sportgroßveranstaltungen, S. 103 ff. mit Nachweisen zu den Ursprüngen und Gründen dieses Konfliktpotentials.

<sup>16</sup> Zu den Gemeinsamkeiten von Fußball und Religion s. *Zyber*, Abseits und Jenseits, Zeit Online. Einige deutsche Vereine bieten außer der Möglichkeit, sich im Stadion trauen oder taufen zu lassen, sogar eine Beisetzung auf dem vereinseigenen Friedhof an. Zudem gibt es in einigen Stadien – darunter auch die Schalke-Arena – eine Kapelle und einen Pastor, s. dazu *Hartmann*, Gott, 11 Freunde.

<sup>17</sup> s. dazu *Deusch*, Gefahrenabwehr, S. 30 ff.; *Schild*, in: Rechtliche Aspekte, S. 63 (71 f.). *Hilpert*, Fußballstrafrecht DFB, Teil IV Rn. 1, meint dieses Phänomen insbesondere im Stehplatzbereich beobachten zu können, da diese Abschnitte von den Ordnungskräften nur schwer zu überblicken seien und der Einzelne so leichter in der Gruppe abtauchen könne.